

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg frei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark. In den Ausgabestellen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — Bei Postbezug ohne Postgeld vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — **Einzelnummer** 1,50 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: 3 Mk. für die 38 mm breite Kolonelleile, 1,50 Mk. nur für private Stellen. — 10 Mk. für die 89 mm breite Reklamezeile. — Bei bindenden Anzeigenvorschriften: Anzeigenzeile 3,50 Mk., Reklamezeile 12 Mk. — Für Aufträge aus dem Ausland: deutsche Mark. — Offerten- und Anstaltsgebühren 2 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfach-Konto Stettin 1847.

Nr. 16.

Bromberg, Freitag den 21. Januar 1921.

45. Jahrg.

Die Abrüstung der deutschen Seebefestigungen.

Obwohl der Versailler Vertrag vorsieht, daß Deutschland innerhalb einer Zone von 50 Kilometern von der deutschen Küste und auf den deutschen Inseln außer Helgoland und der Kieler Zone alle befestigten Werke, Anlagen und festen Seeplätze in dem Zustand vom 10. Januar 1920 mit der an diesem Tage vorhandenen Bewaffnung behalten darf, hat die Kontrollkommission doch ihre Zustimmung zur Beibehaltung eines großen Teiles der wertvollsten und modernsten Anlagen verweigert. Auch die Vorkriegskonferenz, die von der deutschen Regierung angerufen wurde, hat der Entscheidung der Kontrollkommission ihre Zustimmung erteilt. Daraufhin hat die Kontrollkommission die Austiefung der nach ihrer Auffassung überflüssigen Geschütze nebst Zubehör und Munition bis zum 17. Januar gefordert. Die deutsche Regierung hat nunmehr an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontrollkommission gebeten worden, die Forderung auf Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

Es handelt sich bei diesem Notenwechsel in erster Linie um die Armierung der Festungen Königsberg und Pillau. Die Entente hat gestattet, daß Königsberg mit 20 Geschützen bestückt wird, womit nach deutscher Auffassung eine große Festung völlig wehrlos ist, einer Auffassung, der auch die Sachverständigen der Entente beitreten müssen. Deutschland hat den überwiegenden Teil seiner Geschützbewaffnung, der Gewehre und der Munition ausliefern müssen; die Fliegerwaffe ist ihm völlig unterlag, der überragende Teil aller Befestigungen ist auf Befehl der Entente geschleift worden, der Generalstab mußte aufgelöst werden, irgendwelche Mobilmachungsarbeiten sind verboten, die allgemeine Wehrpflicht ist aufgehoben. Mit einem Wort: es ist alles geschehen, um Deutschland derart wehrlos zu machen, daß der kleinste Nachbarstaat militärisch stärker ist als das 60-Millionenvolk. Jetzt kommt noch hinzu die Bestimmung der Entwaffnungskommission, der der Vorschlag in Paris beigegeben ist, auch die Festungen Königsberg, Pillau und Danzig nahezu völlig zu besarmen. Diese Anlagen dienen ausschließlich zur Verteidigung gegen einen angreifenden und in das Land eingedrungenen Gegner. Wie die Dinge jetzt liegen, kommt dabei in erster Linie die Sowjetarmee in Frage. So bedeutet das Verbot der Bewaffnung der ostpreussischen Festungen nichts weiter als eine Einladung an die Bolschewisten, in Ostpreußen, genau wie dies die Jarenarmee im August 1914 tat, wobei über 7000 Güter und Dörfer in Flammen aufgingen, sich „ein wenig umzusehen“. Da gleichzeitig mit allem Nachdruck auf die Entwaffnung der Grenzwehrwerke und die Auflösung aller ostpreussischen Selbstschutzorganisationen gedrungen wird, so wäre dieses Unternehmen völlig risikolos.

Wie von deutscher amtlicher Seite mitgeteilt wird, steht an der ganzen deutschen Ostgrenze kein einziger Soldat. Nur im Bezirk Marienwerder hat Mitte Januar eine Kompanie zur Abwehr der Rinderpest eingesetzt werden müssen.

Rundgebung des deutschen Reichspräsidenten

Berlin, 18. Januar. (Z.) Reichspräsident Ebert hat aus Anlaß des heutigen Tages folgende Rundgebung erlassen:

Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Schicksale unserer Vorfahren, das heisse Verlangen weiterer Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Dauer.

In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Völker wieder auseinander gefallen sind. Sie halten aneinander fest, darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesleuten hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem Stammschwandten Lande getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Österreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm.

Unsere innerstaatliche Einheit zu erhalten und zu festigen, muß unser aller fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen, mehr als gut ist, trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stützpunkt unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, 18. Januar 1921.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Der Reichskanzler: gez. Fehrenbach.

Absichten der Entente mit Deutschland.

Paris, 19. Januar. Der Minister für Maß-Lothringen Doucœur äußerte einem Vertreter des Pariser „Journal“ gegenüber, daß, wenn Deutschland keine neuen Anstrengungen mache, um sein großes Defizit auszugleichen, so werde es eines Tages der Entente sagen: „Ich kann nicht mehr. Nehmt selbst die Leitung in die Hand.“ Solange werde die Entente aber nicht warten. Doucœur entwickelte dann einen Plan für die Übernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, die er eine ehrenhafte Liquidation nannte. Dann werde man das deutsche Budget in Ordnung bringen. Dazu gehörten sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern. Über die Art und Weise, wie Deutschland seine Entschädigungen zahlen soll, sagte Doucœur, daß eine Verzögerung in Fertigfabrikaten nicht möglich sei, weil dadurch die französische Industrie allzusehr geschädigt werden

würde. Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner Erzeugnisse durch Kohlen abtragen. Er habe sich über die deutschen Kohlenförderungen genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland eine jährliche Rate von 8 Milliarden in Kohlen bezahlen könne. Wenn man noch weitere 2 Milliarden an chemischen Produkten, Eisen auf Ausfuhrartikel und sonstige Artikel hinzurechnet, so ergäbe das eine jährliche Leistung von 10 Milliarden, die Deutschland tragen könne. Man habe jetzt genügend hin und her geredet. Die Zeit zu handeln sei gekommen.

Vor der neuen Sitzung des Obersten Rates.

Brüssel, 19. Januar. Lord George, Lord Curzon und Sir Crowe, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, begeben sich wahrscheinlich am Sonntag nach London, um an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen. In dieser soll außer der Frage der Entwaffnung und der Entschädigungen auch die griechische und türkische Frage sowie die Frage der Anleihe für Österreich besprochen werden. Man ist der Überzeugung, daß es in der Frage der baltischen Zivilgarde und der ostpreussischen Wehr zu einer Verständigung kommen wird, dagegen soll in der Frage der Entschädigungen keine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Paris, 19. Januar. (Z.) In Besprechung der wahrscheinlichen Ergebnisse der interalliierten Konferenz, die am 24. Januar stattfindet, stellt „Journal“ fest, daß die englischen und französischen Anschauungen in bezug auf die Entwaffnung Deutschlands sich einander anpassen, so daß diese Frage binnen kurzem entschieden werden wird. Das Blatt sagt voraus, daß die Alliierten Deutschland eine neue Frist gewähren würden. Frankreich wehre sich energisch gegen den Standpunkt Deutschlands, daß die Frage der Entschädigung von der der Entwaffnung abhängig machen wolle. Der Kriegsminister Barthou erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Journal“, daß sich sein Programm hauptsächlich auf die Verkürzung der militärischen Dienstzeit und die Verminderung der Ausgaben für das Heer stütze. In bezug auf die Entwaffnung Deutschlands meinte Barthou, daß Briand und sämtliche Minister Frankreich jede Sicherheit und sämtliche Vorteile, die sich aus dem Friedensverträge und den Verpflichtungen Deutschlands ergeben, sichern wollten.

Kontrolle des Minderheitschutzes.

In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Gesetzblatt“ äußerte sich der tschechische Außenminister Dr. Beneš über die Art, wie der Völkerbund die Einhaltung der Minderheitschutzverträge in den einzelnen Ländern kontrollieren wird. Im Sekretariat des Völkerbundes sei bereits eine ganze Organisation ausgebaut. In dieser Sektion ist schon heute eine Reihe von Dokumenten über die Fragen der Minderheiten in den einzelnen Staaten und auch über die Minderheiten in den Nachbarstaaten gesammelt. Diese werden genau verfolgt und der Rat des Völkerbundes werde von den Referenten über alle diese Fragen informiert. Es werden Fragebogen, Enquêtes, vorbereitet und es werden Kontrollkommissionen ausgesandt werden, welche eine große internationale Tragweite haben werden. Sie werden einem jeden Staate, der nicht seine Pflichten in den Minderheitsfragen erfüllen sollte, gewaltige Unannehmlichkeiten verursachen. Die Atmosphäre ist eine derartige, daß nach einer oder zwei unangenehme Erfahrungen, welche dieser oder jener Staat in Sachen einer wirklich bedrängten Minderheit macht, jeder Staat wohl achtgeben werde, nicht neuen Vorwürfen seitens des Völkerbundes ausgesetzt zu werden, denn dies hätte auf die öffentliche Weltmeinung unendlichen Einfluß.

Bolschewistische Propaganda in Litauen.

Kowno, 18. Januar. (Z.) Gerüchte über bolschewistische Putzschüsse werden weiter dadurch genährt, daß seit dem 14. d. M. die Polizeipatrouillen erheblich verstärkt sind und die Pakkontrolle, besonders in den Abendstunden, strikt durchgeführt wird. — Hierzu erzählt die Telegraphen-Union, daß der litauischen Regierung lange bekannt ist, daß die bolschewistische Partei ihre Tätigkeiten sehr vermehrt hat. Die bolschewistische Partei, die in Litauen verboten ist, besitzt hier keine Zentralkasse, braucht sie aber auch nicht, da die Sowjetmission in Kowno deren Funktionen übernimmt hat. Am 15. Januar, dem Todestage Plechinskis, sollte durch Demonstrationen, Versammlungen, Umzüge usw. eine Probe gemacht werden, wie weit die Propaganda bei den Arbeitern und besonders beim Militär Erfolg gehabt hat. Daß die bolschewistische Propaganda in den letzten Tagen nachgelassen hat, ist in erster Linie der außerordentlichen Entschlußkraft der litauischen Regierung zu verdanken, die das Militär sofort abgesondert, Versammlungen verboten und den Sicherheitsdienst wesentlich verstärkt hat. Einzelne geheime Versammlungen wurden aufgehoben. Dabei wurden achtzig Personen verhaftet und dreißig von ihnen den Gerichten zugeführt. Infolge der festen Haltung der Regierung liegt zu irgendwelchen Besorgnissen kein Grund mehr vor.

Kowno, 18. Januar. (Z.) Der Ministerpräsident hat bestimmt, daß, wer keine bestimmte Beschäftigung nachweisen kann, oder wer als Flüchtling früher seinen Wohnsitz nicht in Kowno hatte, ausgewiesen wird.

Republik Polen.

Eine neue Offensive?

Was Riga ist nach London gemeldet worden, daß Polen eine neue Offensive gegen Rußland vorbereite. Französische Offiziere seien dabei, eine neue Armee auf die Beine zu bringen. Eine große Anzahl militärischer Ausrüstungen und große Mengen von Kriegsmaterial seien bei englischen Firmen in Auftrag gegeben. — Wir haben bisher noch keine Bestätigung dieser Meldung gefunden.

Das Kohlenwirtschaftssystem.

Warschau, 19. Januar. (Z.) Im Einvernehmen mit den Ministerien für Industrie und Handel gibt das

Schatzministerium bekannt, daß nach Übernahme Oberschlesiens im Falle eines günstigen Ausfalles der Volksabstimmung die polnische Regierung beabsichtige, dort das bisherige Wirtschaftssystem auf dem Gebiet der Kohlenindustrie beizubehalten, die dem Kohlenamt nicht unterstellt werden soll, um der dortigen Kohlenindustrie eine normale Entwicklung in der bisherigen Weise zu sichern.

Ein französisch-polnischer Handelsvertrag?

Warschau, 18. Januar. Unabhängig von der Verschlebung der Pariser Reise des Marischalls Pilsudski finden eifrige Vorverhandlungen über ein französisch-polnisches Handelsabkommen statt. Danach werden, wie der „Przegląd Wiedza“ erzählt, französische Handelsreise ermächtigt, für zwei Millionen Franks oder nach heutigem Kurs für 100 Millionen Polensmark Seide und für den gleichen Betrag Wein, im ganzen für 5 Millionen Franks Luxuswaren nach Polen einzuführen. Polen verpflichtet sich, 1500 Tonnen Zucker im Austausch gegen Kunstdünger an Frankreich zu liefern.

Verkauf von Eisenbahnwerkstätten.

Krakau, 18. Januar. Nach dem „Goniec Krakowski“ besteht die Absicht, die Eisenbahnwerkstätten in Tarnow an ein Konsortium amerikanischer Polen zu verkaufen.

Deutsches Reich.

Staatssekretär Solf zum Votschaster ernannt.

Nachdem Japan durch den seeben in Berlin eingetroffenen Eki Siefi wieder durch einen Votschaster bei der deutschen Regierung vertreten ist, ist auch der zunächst als Geschäftsträger nach Tokio entsandte Staatssekretär Solf zum Votschaster ernannt.

Der Reichstag

hat seine Vollsitzungen wieder aufgenommen. Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen wird er nur bis zum 4. Februar tagen und dann seine Sitzungen vorwiegend für die 22. Februar wieder aufnehmen.

Eine Interpellation wegen Oberschlesien.

Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten haben im Reichstage eine Interpellation eingebracht, die die Reichsregierung um Auskunft darüber erucht, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuführen und den Zuständen an der Grenze Einhalt zu gebieten, sowie die Benachteiligung der deutschen Abstammungsberechtigten durch das von der interalliierten Kommission verfügte Abstimmungsreglement zu beseitigen.

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur wird die Regierung in der Interpellation gefragt, was sie zu unternehmen gedenkt, um in Oberschlesien die öffentliche Ruhe, die durch die Konzentration polnischer Truppen an der Grenze gestört werde, wieder herzustellen.

Die Interpellation wird in der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Das Reichsnoteopfer.

Aus der Konferenz der deutschen Finanzminister verlautet, daß die Veranlagung zum Reichsnoteopfer im Gegensatz zu den Erhebergerichten Berechnungen einen um 30 bis 40 Prozent geringeren Betrag ergeben hat.

Im Steueranspruch des Reichstages

erklärte Reichsfinanzminister Wirth, es sei sehr wahrscheinlich, daß man um die Einführung erhöhter bestehender oder auch neuer indirekter Steuern kaum herumkommen werde. Demnach werde eine Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Postgebühren eingebracht werden. Eine Vorlage auf Erhöhung der Telefon- und Telegrammgebühren werde folgen, ebenso ein Antrag auf Erhöhung der Eisenbahntarife.

Eine auffällige Aufwärtsbewegung der deutschen Mark

ist seit einigen Tagen an den Auslandsbörsen, besonders New York, Zürich und Amsterdam festzustellen. Es ist dies auf die Marktspekulation an der New Yorker Börse und auf das Zustandekommen des deutsch-holländischen Transitabkommens zurückzuführen. Im Verkehr der Berliner Großbanken machte sich das Steigen der deutschen Mark sehr bemerkbar. Auslandswechsel waren lebhaft angeboten.

Viktor Kopp,

der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, hat von Moskau seine Abberufung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Der erste große Gauparteitag des Gauverbandes Grenzmark

der Deutschnationalen Volkspartei findet am 29. und 30. Januar in Schneidemühl statt. Für den 29. Januar ist eine große deutschnationale Arbeiterversammlung vorgesehen. Hierbei werden Landtagsabg. Arbeitersekretär Dallmer und der Kandidat zur Preußenswahl Landarbeiter Kaeuwer, Vorträge halten. Am 30. Januar findet der eigentliche Gauparteitag statt. Abg. von Kries, Vizepräsident der preussischen Landesversammlung, spricht über: „Preussische Landesversammlung und Preußenswahl“ und Reichs- und Landtagsabg. Prof. Dr. Hoeßlich über: „Reichspolitik nach innen und außen“.

Im Gauverband Grenzmark macht die Organisation der Deutschnationalen Volkspartei weitere Fortschritte. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Schneidemühl ist in der letzten Zeit erheblich gestiegen, sie beträgt jetzt bereits 1250 eingeschriebene Mitglieder. Allein in den letzten Tagen meldeten sich rund 50 Mitglieder neu an, bemerkenswerterweise wieder in fast ausschließlich der Zahl deutschnationaler Arbeiter.

Die Entschädigung für die Zerstörung des polnischen Konsulats.

Breslau, 18. Januar. Die deutsche Regierung hat den Polen die Summe von 219 800 Mark in deutscher Währung und 40 000 Frank in französischer Währung für das am 26. August 1920 in Breslau zerstörte polnische Konsulat überwiesen.

Eine „Note Armee“.

Essen a. R., 19. Januar. Auf Grund von Anzeigen über die Bildung von bewaffneten Organisationen wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft von der Staatspolizei bei allen als radikale politische Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Aachen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer „Note Armee“ wurde gefunden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt.

Uebrigcs Ausland.

Der Wiener Post- und Telegraphenbeamten-Streik

ist beendet. Es wurde ein neues Dienstrecht für die Postangestellten geschaffen.

Benin ist nicht krank und nicht tot.

Warschau, 18. Januar. Die „Nacpopolita“ meldet, daß nach einem Moskauer Funkformal alle Gerüchte über eine schwere Krankheit Benins gegenstandslos seien. Allerdings seien einige hervorragende deutsche Ärzte nach Moskau berufen worden, aber nicht zu Benin, sondern zu Professor Karpow, Mitglied des Wirtschaftsrats, der vor einigen Tagen gestorben ist. (Daher also neulich der Name Karpow für Benin.)

Yosse über den Friedensschluß.

Die frühere Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur über die Aussichten der Unterzeichnung des Rigaer Friedens im Januar wird heute durch eine Meldung des „Esk Express“ bementiert, nach der Yosse geäußert haben soll, daß die Unterzeichnung des Friedens mit Polen nicht so bald erfolgen dürfte.

Rumänische Friedenssehnsucht.

Nach dem „Tempo“ haben französische Fraktionen eine starke antirumänische Bewegung in Rumänien hervorgerufen, und man verlangt dort schnellstens einen Friedensschluß mit Rußland.

Briand's angebliche Politik.

Paris, 19. Januar. In weiten Schichten herrscht das Gefühl, daß Briand in der französischen Politik die Kursänderung in Richtung europäischer Verständigung, des Friedens und Wiederaufbaues durch Arbeit und Ordnung bedeutet. Mit Briand triumphiert die gemäßigte Tendenz.

Der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes wird am Montag in London eine Sitzung abhalten, in der die deutschen Vertreter einen Antrag stellen werden, dem zufolge gegen die Forderungen der Arbeiter auf eine noch größere Verringerung deutscher Steuermehrs protestiert werden soll.

3000 Franken für ein deutsches Unterseeboot.

Paris, 18. Januar. Aus dem Kriegshafen von Cherbourg wird gemeldet, daß daselbst am 14. Januar sieben einstufige deutsche Tauchboote, welche von Deutschland ausgeliefert worden waren, öffentlich an den Meistbietenden verkauft worden wären. Diese Auktion war ein vollständiger Mißerfolg, denn es hatte sich nur ein einziger Käufer gemeldet, welcher 3000 Franken pro Stück bieten wollte.

Ein kampfsfähiges englisches Geschwader

erhielt den Befehl, zu Flottenmanövern sich nach den japanischen Gewässern zu begeben. Es sind dies die größten Flottenmanöver seit Ausbruch des Weltkrieges. Im Geschwader befinden sich „Queen Elizabeth“, „Hood“, „The Bulwark“ und „Tiger“. Es wird damit gerechnet, daß die Flotte über zwei bis drei Monate ausbleibt.

Die griechische Offensive.

Athen, 19. Januar. Die Abreise König Konstantins an die Front wird behauptet. Eine große Anzahl von Truppen wird als Verstärkung geschickt. Der erste Angriff der Griechen ist mißlungen. Die große Offensive wird bis zum Eintreffen der Verstärkungen verschoben.

Die Lage in Armenien.

London, 19. Januar. Von armenischer Seite erzählt Reuters, daß aus dem von den Türken besetzten Gebiet über 200 000 Personen geflüchtet sind. Nahrungsmittel und Heizmaterial sind nicht zu bekommen. Der Bahnverkehr ist eingestellt und die Bevölkerung von einer Hungersnot bedroht, wenn nicht sofort Nahrungsmittel aus anderen Ländern herbeigeschafft werden.

Die Maurer.

Von Franz Wichmann.

Copyright 1921 by „Deutsche Rundschau“, Bromberg.

(Nachdruck verboten.)

Das Aichendorfsche Gut lag an der Landstraße, doch ohne Bahnverbindung, weit draußen in Moor und Heide, ein paar Gehstunden von der Großstadt entfernt.

Der nötig gewordene Anbau kam nicht vom Flecke. Zwei Maurer arbeiteten gemächlich daran. Anfangs waren es ihrer acht gewesen. Aber den anderen häuften der Lohn zu niedrig. Und da der Besitzer nicht mehr gewähren wollte, ließen sie davon.

Nur der Ungnader Ulls und Pius Brunner blieben. Der letztere, weil er ein mäßiger, zufriedener Mensch war, der das ewige Streifen hatte, der Ulls, weil er Geld zum Trinken brachte und außerdem noch eine Frau zu ernähren hatte. Er besaß eine armelige Wohnung in der Stadt, kam aber der weiten Entfernung wegen jetzt nur am Sonntag heim.

Nachts schliefen die beiden Maurer in einem schon fertig gestellten Raume, in dem ein Kofsofen zum Anstochen brannte. Es war, obwohl erst November, bereits empfindlich kalt.

Seute am Allerheiligentag hatten sich beide in die Stadt begeben, aber nicht gemeinsam. Pius, der das Grab seiner Mutter schmücken wollte, war zwei Stunden zuvor aufgebrochen. Der Ulls beehrte sich nicht. Er liebte das Auschlafen. Die Trudel sah er noch früh genug. Und in den Wirtschaftshäusern war es in den Vormittagsstunden leer und langweilig.

Auf dem Friedhof ist Pius einer der ersten gewesen. So ist ihm noch Zeit geblieben, rechtzeitig zur Kirche zu kommen. Aber die rechte Andacht hat ihm heute gefehlt.

Zur Seite in einer der Bänke sitzt die Ungnader Trudel. Und von der kann er den Blick nicht lassen.

Das ist immer so gewesen, wenn sie's nicht bemerkt hat. Aber wie bleich sie jetzt aussieht! Und die Augen gerötet, als hätte sie geweint.

Es ist das erste Mal, daß er sie wiederseht, seit sie Ulls' Weib geworden.

Der russisch-persische Vertrag.

Wie der „Daily Mail“ aus Teheran gemeldet wird, steht der zwischen den Bolschewisten und Persien vereinbarte Vertrag vor, daß der englisch-russische Vertrag von 1907 aufgehoben wird.

Persien und Sowjetrußland enthalten sich jeder Einmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten. Rußland streicht alle persischen Schulden und tritt Persien die persische Diskontobank ab, die früher eine Zweigstelle der russischen Staatsbank war. Für den Fall, daß eine feindliche Streitmacht beabsichtigt, Rußland auf dem Wege über Persien anzugreifen, dürfen die Bolschewisten ausreichende Streitkräfte nach Persien senden.

Das neue Mieterschutzgesetz.

Art. 11.

1. Schiedsämter für Wohnungsfragen werden in Städten und Fabrikvierteln eingerichtet werden, die bei der letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner aufweisen. In anderen Ortschaften können solche Ämter auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet werden. Falls notwendig, können in einem Ort auch mehrere Ämter gebildet werden.

2. Die mit der Einrichtung und Führung der Ämter verbundenen Kosten werden von den Gemeinden getragen.

Art. 12.

Der Vorsitzende des Amtes und dessen Vertreter, nach Möglichkeit juristisch ausgebildete Personen, werden vom Vorsitzenden des Bezirksgerichts ernannt. Den Rest der Mitglieder ernannt derselbe Gerichtsvorsitzende nach Empfehlung derselben durch den Leiter (Bürgermeister) der Gemeinde, in welcher das Amt seinen Sitz hat. Die Hälfte dieser Mitglieder muß aus in der Gemeinde wohnhaften Hausbesitzern, die andere aus Mietern bestehen.

Art. 13.

Die Ernennung zu Mitgliedern des Amtes können ablehnen: Geistliche, Militärpersonen, öffentliche Beamte, Personen über 60 Jahre, kleine Gewerbetreibende oder Personen, die vom Tage- oder Wochenlohn leben. Über die Annahme der Ablehnung entscheidet diejenige Behörde, die die Ernennung vorgenommen hat.

Art. 14.

Die Ablehnung der Mitgliedschaft Verweigernden, obwohl ihre Ablehnung als unbegründet angesehen wurde, sind mit Geldstrafen bis zur Höhe von 5000 Mark zu belegen.

Art. 15.

1. Das Amt entscheidet nach den mündlichen Beratungen durch drei Mitglieder, zu welchen gehören: der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter und je ein Vertreter aus dem Kreise der Hausbesitzer und Mieter. Wenn Gegenstand des Streites ein Handels- oder Industriestand, eine Werkstätte oder ein Laden ist, so muß seitens der Mieter eine Person Vertreter sein, die zu den Kaufleuten, Industriellen oder Handwerkern gehört, jedoch nur eine solche Person, die ihr Lokal nicht im eigenen Hause besitzt, oder wenigstens mit den Verhältnissen gut vertraut ist. Durch Verordnungen ist zu sichern, daß sich auf der Liste der Mitglieder des Amtes stets genügend Vertreter aus handels-industriellen Kreisen befinden.

2. Die Entscheidung ist in drei Tagen schriftlich auszusprechen und auf Verlangen der Parteien auszufallen.

3. Die Beratungen sind öffentlich. Falls beide Parteien es wünschen, können die Verhandlungen geheim sein. Die Veröffentlichung des Inhalts der geheimen Beratungen ist verboten.

Art. 16.

1. Wenn von dem Amt eine Entscheidung gefordert wird, so ladet dieses die Parteien mit der Androhung vor, daß Nichterscheinen weder die Verhandlungen noch die Entscheidung ausfällt. Die Beratungen sind, soweit möglich, in einem Zeitpunkt von 8 Tagen vom Tage der Einbringung des Antrages vorzunehmen.

2. Die Vorgeladenen sind verpflichtet, persönlich zu erscheinen oder einen Bevollmächtigten zu senden, der mit dem Stand der Sache vollkommen vertraut ist. Die Parteien und deren Vertreter müssen wahrheitsgemäß auf die Fragen des Amtes antworten.

3. Das Amt kann alle Ermittlungen anstellen, die zur Klärung der Entscheidung notwendig sind, besondere Personen vorladen, die in der Angelegenheit Aufklärung geben können.

4. Das Amt verhängt Strafen bis zur Höhe von 5000 Mark für jedes unbeschränkte Nichterscheinen der vorgeladenen Parteien oder Personen. Die Ausföhrung der Beschlüsse des Mieterschiedsgerichts liegt den Polizeibehörden ob. Gegen die Strafverhängung kann in vierzehntägiger Frist von der Zeit der Bekanntgabe der Strafverhängung Berufung beim Vorsitzenden des Bezirksgerichts eingelegt werden. Die Geldstrafen fließen in die Kommunkassaffen. (Fortf. folgt.)

Sollte es wahr sein, was er die Leute hat reden hören?

Die Frage, ob so das Glück aussehen kann, läßt ihm keine Ruhe.

Die Kirchenbesucher drängen hinaus. Er mischt sich in ihren Strom. Unbemerkt kann er ihr folgen. Bis dahin, wo sich die Menge teilt und in einzelne dunkle Büschlein zerfällt. Da ist ein Torweg, unter den sie einen Augenblick tritt, um ihr Kleid zu ordnen.

„Trudel!“

Erstochen fährt sie zusammen. „Du bist's, Pi?“ So hat sie ihn schon als Kind genannt, da sie noch im engen, schmutzigen Großstadthof spielten. „Hast mir was auszurichten von meinem Manne?“

„Das nicht. Er wird ja auch selber kommen.“ Es geht schwer, aber er faßt sich ein Herz. „Eine Frage hatt' ich.“

„Sag's!“

„Bist glücklich, Trudel?“

Das blaße Frauengesicht wird rot. „Was soll das, Pi?“

„Ich hab' halt reden hören.“

„Die Leute reden viel“, fällt sie ihm ins Wort.

„Aber ich seh', daß es wahr ist. Der Ulls ist deiner nicht wert.“

Sie schlägt den Blick der blauen, feuchten Augen zu Boden. „Ich hab' ihn halt nehmen müssen, weil der andere nicht gekommen ist.“

„Es heißt, er quält und mißhandelt dich.“

Da kann sie die Tränen nicht mehr zurückhalten, laut schluchzt sie auf. „Wenn du's denn weißt, — ja, es ist ein Elend. So oft er betrunken ist, schimpft und schlägt er mich. Und er ist immer betrunken. Oft hab ich mir schon den Tod gewünscht. Wenn es nicht Sünde wäre, ich ging ins Wasser.“

Pius Brunner halt die Fäuste. Sein Gesicht verzerrt sich. Aus den sonst so gutmütigen Augen lodert die heiße Flamme des Zorns. „Er dich schlagen? Ein muß er werden!“

Die Trudel verfährt sich. „Was fällt dir ein?“

„Niederschlag' ich ihn, wenn er noch einmal —“

Ein legt die Hand bittend auf seinen drohend erhobenen Arm. „Das darfst nicht, Pi. Früher hättest du's hindern können. Jetzt nimmer —“

„Sindern, ich?“

„Ja, wenn du geredet hättest. Ich hab' ihn doch nur genommen, weil —“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Januar.

Die Zollfrage auf landwirtschaftliche Maschinen in Polen.

Auf Anfrage des Ministeriums für Industrie und Handel hat das landwirtschaftliche Syndikat in Warschau die Ansicht ausgesprochen, daß die Zölle für landwirtschaftliche Maschinen bei der vorgeschlagenen Höhe des Agio im Betrage von 200 Prozent die Käufer der Maschinen nicht allzusehr belasten werden. Weiter hat er das Bedürfnis dargelegt, daß für Triebmaschinen für Motorspähle, die heute nicht zu den landwirtschaftlichen Maschinen gerechnet werden, kein höherer Zoll zu bezahlen ist, als für die Maschinen. Die Landwirte fordern sogar, daß die Triebmaschinen vollständig frei vom Zoll seien, da sie bisher in Polen nicht angesehrt würden und unter den heutigen Verhältnissen wegen des Mangels an Pferden zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion nötig seien. Gleichfalls fordern sie, daß Ernte- und Sämaschinen vollständig vom Zoll befreit werden, da die Produktion derselben im Lande nicht ausreiche oder sogar vollständig fehle.

Einheitliche Höchstpreise in ganz Polen.

Kürzlich fand auf Anregung des Generaldelegierten Dr. Golewski beim Statthalter in Lemberg eine Besprechung in der Ernährungsfrage statt. Im Laufe der Aussprache wurde eine Reihe von Vorschlägen vorgebracht, deren hauptsächlichste folgende sind: In erster Linie muß die mahnungswürdige Teuerung vermindert werden und in dieser Angelegenheit sollte die Regierung mit gutem Beispiel vorangehen. Die Regierung muß durch Herabsetzung der Preise für Kohlen, Brot, Salz usw. die Herabsetzung der Preise bei den privaten Produzenten ermöglichen. Nötig ist ferner die Einführung von einheitlichen Höchstpreisen in ganz Polen, da die verschiedenen Höchstpreise in den einzelnen Landesteilen dazu führen, daß die Spekulanen die Gegendern ausplündern, in denen niedrigere Tarife gelten und die Waren dorthin verschleusen, wo sie einen größeren Wert haben. Es muß auch energisch und konsequent durchgeföhrt werden, daß sämtliche Kaufleute die Waren mit Verkaufspreisen versehen. Als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Teuerung wurde gefordert, daß die Schleichhändler nicht mit Geldstrafen belegt werden, die letzten Endes doch der Verbraucher aufbringen muß. Wegen Schleichhandels mußte auf Gefängnis, sowie auf Verschleppung der Ware erkannt werden und außerdem wäre der Schleichhändler an den Pranger zu stellen, zum Beispiel durch Einführung der in manchen Ländern üblichen Sitte, sie zum Straßentreiben heranzuziehen.

§ Die Entschädigung der Schöffen bei den Friedensgerichten. Nach einer Meldung aus Warschau hat der Justizminister dem Sejm einen Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schöffen bei den Friedensgerichten vorgelegt. Das Amt eines Schöffen ist zwar ein Ehrenamt, für Zeitverlust und Unkosten sollen jedoch die Schöffen mit 20 Mark täglich entschädigt werden.

§ Die Arbeit des Verbandes deutscher Industrieller und Kaufleute in Polen ist durch die im Oktober vorigen Jahres von der polnischen Regierung des ehemals preussischen Teilgebiets verfügte Schließung der Geschäftsräume sehr unterbrochen worden. Belastendes Material, das die Schließung rechtfertigen konnte, war nicht vorhanden, irgendeine gerichtliche Untersuchung hat daher auch nicht stattgefunden, aber die Aufhebung jener Maßregelung ist erreicht, somit steht die Einrichtung des Verbandes den Mitgliedern, sowie denen, die es werden wollen, schließlich auch demjenigen, der dem Verbandsinneren fernsteht, der aber auf wirtschaftlichem Gebiet Auskunft braucht, zur Verfügung. Die nationale Sammlung der Mitglieder innerhalb des Verbandes stellt ja, wie wiederholt betont wurde, keine Priorität dar. Der Verband sucht nur in dieser Sammlung den besten Weg für gemeinsame wirtschaftliche Arbeit im Wege der Arbeitsgemeinschaft mit den nationalen-polnischen Verbänden — also reine, wirtschaftliche, staatsfördernde —, daher Auskünfte für jedermann, ohne Untertan und Arroganz. Wirtschaftlicher Verstand, Richtung der Mitgliederreich durch Abwanderung, ungewisse Zukunft dürfen das Interesse nicht erlahmen lassen. Die dem Deutschen innewohnenden vorzüglichen Stammeigenschaften wie Energie, Pflichtbewußtsein, Arbeitsfreudigkeit, Umstellungsvermögen, Mut und Kenntnisse, überwinden bei außer Konzentration und gutem Zusammengehörigkeitsgefühl alle Schwierigkeiten, wenn auch das Kommen unüberwindbar scheint, wenn auch der Geschäftsgang des östlichen „Drüben“ andere — aber nur schlechtere — Geschäftsformen einführen will. Gemeinschaftssinn und Wollen zum „Sindurch“, dann wird der Verband verdienstvolle Arbeit leisten.

Die Schuppen fällt es von seinen Augen. „Trudel, du willst doch nicht sagen?“

„Daß ich ein glückliches Weib geworden wär' mit dir.“

Ein dumpfes Stöhnen ringt sich aus seiner Brust.

„Und ich hab mir nicht getraut, hab gemeint, es ist nur der Spielfkamerad, der Freund, den —“

„Den ich lieb gehabt hab' über alles.“

Er kennt sich selber nicht mehr. Stürmisch reißt er das lange im stillen so heiß begehrte Weib unter dem dunklen Torweg an seine Brust. Er sucht ihren Mund und will ihn mit Klüssen bedecken.

Aber sie macht sich los mit sanfter Gewalt. „Daß das, Pi. — Jetzt ist's zu spät. Du selber bist schuld, daß es so gekommen ist. In Gram und Leid hab' ich den ersten besten genommen. Und der Schlechteste ist's gewesen. Aber ich will ehbar bleiben. Darum muß ich mein Unglück tragen.“

Und von neuem schluchzt sie auf. „Aus dem mich niemand erlösen kann!“

„Ich —“

Still legt sie ihm die Hand auf den Mund. „Hast nichts gehört? Mir war's, als wär' draußen einer stehen geblieben, um zu horchen.“

Pius Brunner war zu erregt gewesen, um etwas zu bemerken. „Es ist nichts.“

„Doch. — Ich fürchte mich. Es ist ja ein Verbrechen, das wir begehen. Ich will hinten hinaus. Der Durchgang führt in eine andere Gasse. Geh du nach vorn.“

Er umflammerte ihre Hand. „Fort willst?“

„Für immer, — von dir. Wir dürfen uns nicht wiedersehen. Pi. Wirk' es schon tragen. Ich leb' ja nimmerlang. Er bringt's schon dahin.“

„Daß soll er nicht!“ Wie einen Schwur murmelte es Brunner in sich hinein, als sie sich hastig losgerissen und er aus dem Torweg hervor auf die Straße zurücktrat.

Da erstarrt sein Blick. Nur ein einziger Passant ist zu sehen, der sich hastig entfernt.

Und der Ungnader Ulls ist's!

Wenn der gelauscht hat, alles weiß?

Die Trudel wird er's entgelten lassen. Er ist schuld, daß sie unglücklich geworden, und nun vielleicht auch, — wenn er sie im Born und Rausch erschlägt! —

(Schluß folgt.)

Die erste polnische Lokomotivfabrik, über die wir bereits berichtet haben, wird in Chrzanow in Kleinpolen (Galizien) in der Nähe des Dombrowaer Kohlenbeckens entstehen. Die hier betreibende Aktiengesellschaft ist bereits gegründet worden. Sie hat mit der polnischen Regierung einen Vertrag geschlossen, der ihr einen günstigen Absatz der Erzeugnisse für einen Zeitraum von 12 Jahren sichert. Die Regierung leistet der Gesellschaft einen Zuschuß zu den Baukosten, gewährt ihr Steuererleichterungen und erleichtert ihr den Erwerb in Rohstoffen. Die Fabrik soll jährlich 150 Lokomotiven herstellen; d. h. die Hälfte des Bedarfs des polnischen Staates. Da die Herstellung einer Lokomotive einen bedeutenden Zeitverlust verursacht, hat man beschlossen, die Kessel, Tenderkasten und Rohgüsse von der A.-G. B. Fikner & A. G. in Sosnowice und Dombrowa zu erwerben. Die Regierung hat bereits 1200 Lokomotiven, die im Laufe von 10 Jahren zu liefern sind, bestellt. Die Bestellung stellt einen Wert von 10 Milliarden polnischer Mark dar. Die ersten Lokomotiven sollen bereits in diesem Jahre geliefert werden. Das Betriebskapital der Aktiengesellschaft beträgt 75 Millionen polnischer Mark (150 000 Aktien zu je 500 Mark). Das Kapital ist bereits gedeckt, und zwar von der Bank Makopolaki, der Bank Handlowy in Warschau und verschiedenen polnischen Persönlichkeiten.

Ein holländisches Kapital in Polen. Eine holländische Finanzgruppe, welche die Petroleumtransaktionen in Galizien durchführt, beabsichtigt eine Anzahl von Zuckerraffinerien in Polen aufzubauen. Infolgedessen wird wahrscheinlich in kürzester Zeit im Zusammenhang und unter Teilnahme der Polener Handelsbank eine polnisch-holländische Bank entstehen.

Die Handwerker-Franenvereingung feierte am Montag im Gymnasium ihr erstes Stiftungsfest. Die Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Vereinigung, die von 27 Mitgliedern bis auf 173 angewachsen ist. Nach einer Kaffeepause, die durch musikalische und deklamatorische Vorträge verschönt wurde, beschloß ein flottes Tanzkränzchen die Feier.

Die Zeitungen in Polen. Infolge neuer Forderungen der Schriftsteller, die die Erhöhung des Lohnes um 60 Prozent verlangen, haben die Krakauer Zeitungsverleger beschlossen, ihre Zeitungen am 1. Februar zu schließen.

Ein trauriges Geschick hat eine alt eingesehene Bromberger Familie, die weithin im Nekean bekannt ist, betroffen. Es handelt sich um die Familie Knabe, bis vor kurzem Besitzer von Parkers Garten und Sommertheater. Nachdem vor zwei Jahren Frau Knabe, die tüchtige, lebenslustige, frische Mädchen ein Opfer dieser furchtbaren Krankheiten, trotz aller Mühe, die sich die Ärzte gaben, um sie zu retten. Durch ihren Tod hat auch der 6. Bezirk einen schweren Verlust erlitten. Frä. Elfriede Knabe war, wie ihre Schwester, eine der Helferinnen dieses Bezirks, jener Mädchen und Frauen, deren Name nicht öffentlich lobend genannt wird, und die doch in stiller, selbstloser Arbeit viel zur Erhaltung und zum Zusammenhalt unseres deutschen Volkstums tun. Ihnen allen sei einmal öffentlich Dank für ihr zahlloses Wirken gesagt, vor allem aber denken wir unserer lieben Toten. Der 6. Bezirk, besonders der Ödmann und die Helferinnen, die schon lange durch ihre gemeinsame Arbeit ein festes Freundschaftsband verbindet, werden dieses lebenswichtige, stets Hilfsbereite deutsche Mädchen nicht vergessen.

Kursbericht.
Mitgeteilt von der Deutschen Volksbank Bromberg.
Die Notierungen der Polnischen Landesbanknoten sind heute unverändert.

Warschau, 19. Januar. (P.M.). Die Kursnotierungen der Warschauer Börse sind heute unverändert.

Posener Börsenbericht vom 19. Januar.
Offizielle Notierungen: 4 % Posener Pfandbr. m. Buchst. d. e. und neue 300 gef., gez. 4 % Posener Pfandbr. mit poln. Stempel, neue, 125 gef., gez. Posener Landbankbank 155 gef., an. Kwikleki u. Potocki 450 gef., gez. Bank Wiazak 1-7. Emission 400 gef., gez. Bank Wiazak 8. Emission 540 gef., gez. Patria 640 gef., ang. Cegielski 590 gef., gez. Leberzentrale 730 gef. Kilmann (Ruben) 750 gef., gez. B. Hartwig 1050 gef., gez.
Inoffizielle Notierungen: Posener Bank 300-290 gef. Posener Landbankbank 400 gef., gez. Bankkomit 385 bis 390 gef. Dr. Rom. Man 655 gef., gez. L. R. F. 285-295-290 gef., ang. Chemische Erzeugnisse 1000 gef., gez. Brückl-Auto 450-430 gef., ang. Konfektionshaus 360 gef., ang. A. G. W. 575-600 gef., ang. Waggonfabrik „Dromow“ 380-340. Orient 450-480-470 gef. Posener Holzgenossenschaft 1250 ang. Papierfabrik in Bromberg 500-490-495 gef., ang. Holzzeugnis „Bronski“ 350 bis 385 gef., ang.

Snowroclaw, 19. Januar. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Schreiben des früheren Stadtverordnetenvorstehers, jetzigen Vizeministers für das ehemals preussische Gebiet, Dr. Wachowiak, verlesen, in welchem dieser mitteilt, daß er genehmigt sei, sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen, da er die Stadt verlassen habe. Der Vorsteher verlas ein weiteres

Schreiben des Stadtverordneten Justizrat Grünberg, der nach 18jähriger Tätigkeit infolge Wegzuges sein Amt niederlegt. Für diesen wurde Frau Dr. Simon durch den Stadtpräsidenten eingeführt und verpflichtet. Mit ihr ist die vierte Frau in das Stadtparlament eingezogen. Die Wahl des Bureaus ergab folgendes Ergebnis: Vorsteher wurde Stadtverordneter Benarowski, sein Stellvertreter Docian und Schriftführer Edert. Die Preise für die Erzeugnisse der Gasanstalt wurden vom 1. Januar d. J. ab wie folgt erhöht: 1 Kubikmeter Gas von 7,00 auf 9,50 M., 1 Zentner Koks von 120 auf 180 Mark und 1 Ztr. Teer von 500 auf 850 Mark. Für Rohstoffe wurden 7 400 800 Mark bewilligt. In der Geheimstimmung wurde Stadtrat Wisiecki, dessen Wahl wegen eines Formfehlers nicht bestätigt worden war, wiederum gewählt.

Polen (Poznan), 19. Januar. In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung erfolgte zunächst die Vorstandswahl durch die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, und zwar des Rechtsanwalts Dr. Mieczkowski zum Vorsitzenden, des Stadtv. Gregorzewicz zu seinem Stellvertreter, des Stadtv. Krause zum Schriftführer, des Stadtv. Kloss zu dessen Stellvertreter und des Stadtv. Namczak zum Beisitzer. Die Erhöhung des Wassergeldes von 4 Mark auf 5 Mark für den Kubikmeter und des elektrischen Stromes für Beleuchtungszwecke von 15 Mark auf 16 Mark für die Kilowattstunde wurde beschlossen. Ein seit August v. J. an der Front weilender Offizier fand bei seiner Rückkehr seine Wohnung in der ul. Pawla 5 (früher Paulikirchstraße) vollständig ausgeräumt vor. U. a. ist ein Originalgemälde von Prof. Paleczinski im Werte von 100 000 Mark gestohlen.

Drishan (Tegern), 19. Januar. Der Landwirtschaftliche Verein des Kreises Drishan hielt eine Mitgliederversammlung ab, die sehr stark besucht war. Tierarzt Dr. Wagner hielt einen Vortrag über die Rinderpest, aus dem u. a. die Tatsache zu entnehmen war, daß, nachdem mehr als 50 Jahre lang die Rinderpest in unseren Heimatgebieten unbekannt geblieben war, diese jetzt aus dem Osten, vornehmlich aus den Gebieten um Grodno und Bialystok meist durch Militärtransporte eingeschleppt worden ist. Dank der zähen Abwehrmaßnahmen ist sie dort, wo sie auftrat (im Kreise Strassburg und in der Provinz Posen), durch Abschachtung des gesamten gefährdeten Rinderbestandes sofort wieder beseitigt worden. Da die Sterblichkeit im Infektionsstadium etwa 90 Prozent beträgt, ist größte Aufmerksamkeit geboten. In der sich anschließenden Aussprache wurden zahlreiche Klagen über zu kurze Arbeitszeit, die das Hauptübel bei dem Niedergange der Landwirtschaft sei, und über die Preisbildung geführt. Einzelne Beispiele ergaben die haarsträubende Tatsache, daß für zwangsbewirtschaftete Hühner etwa 500 Mark gezahlt werden, während Eistief, Gekochte und andere Lebensmittel mit vielen Tausenden von Mark bezahlt werden müßten. Ebenso sei z. B. der Preis eines Anzuges heute 10- und 20mal so hoch als das Entgelt für die zwangsweise abgelieferte Schmutzwäsche, so daß also der Zwangsverkauf einen Profit von mindestens 60 Prozent einbringt. Der Stand der Wintersaat wurde allgemein als befriedigend festgestellt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau. Kürzlich erschien im Futtermittelladen von Kofel, Broniakstraße 39, ein unbekannter Mann und verlangte Hühner. Als Kofel in das Kontor ging, um dem unbekannten aus 1000 Mark herauszugeben, drang ein zweiter junger Mann in die Wohnung ein. Beide zogen Revolver aus der Tasche und bedrohten damit das Ehepaar. Die Banditen raubten die Wohnung gründlich aus und feuerten noch drei Schüsse ab, worauf sie flüchteten. Kofel wurde im Gesicht und an der Seite verwundet, während seine Frau, in der Herabgegend getroffen, sofort den Tod fand. — In Warschau sind Apfelsinen eingetroffen, die aber nicht im Laden erhältlich sind, da sie von einigen Restauranten aufkauft wurden. Eine Apfelsine kostet 200 Mark.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

Kirschhausen. Ein größerer Brand entstand in einem Pferde- und Schafstall des Rittergutes Polwillen. Verbrannt sind vier Pferde, vier Kühen und außerdem etwa 10 bis 20 Schafe. Eine weitere Anzahl Arbeitspferde erlitt Brandwunden. Die Entstehungsursache des Feuers ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Pferdeschäfer, der morgens zur Bahn fahren mußte, im Stall die Laternen brennen ließ. Vermutlich sind dann die Kühen losgekommen und haben die Laternen umgestürzt.

Königsberg, 19. Januar. Die Provinz Ostpreußen ist durch Massenflüchtungen landwirtschaftlicher Arbeiter in Unruhe versetzt. In der Öffentlichkeit wird vielfach angenommen, daß diese Flüchtungen von Seiten der Arbeitgeber erfolgt seien. Wie der Land- und Forstwirtschaftsverband der Provinz Ostpreußen hierzu mitteilt, ist diese Ansicht völlig falsch. Im Gegenteil hätten die Arbeitgeber die Absicht gehabt, sich bei Flüchtungen besondere Beschränkungen auferlegen, die Gewerkschaften hätten dagegen unter gleichzeitiger Kündigung des Provinzialtarifs ihre Mitglieder angewiesen, sämtlich ihre Verträge mit den Arbeitgebern zum 1. April aufzukündigen. Zum Glück seien an vielen Stellen die Arbeiter diesem Rat nicht gefolgt, viele tausend Arbeiter hätten aber darauf gekündigt. Es sind Schritte zur Beilegung der entstandenen Unruhe getan, gegenüber den umlaufenden Nachrichten müsse aber festgestellt werden, daß die Massenflüchtungen lediglich durch die Gewerkschaften erfolgt und für die Arbeitgeber unerwartet gekommen seien.

Sattelmühle. Über einen unglücklichen Rohheitsakt berichtet die „Ost. Grenzboten“: Dem Gutbesitzer Geierabend-Dagutischen wurden auf seinem Vorwerk Klein

Stadtkirren 30 Schafe erschlagen, und zwar derart, daß man sie gegen die Wand geschlagen hatte, wie die mit Blut besudelten Wände zeigten. Der Schäfer wurde verhaftet. Als Täter kommen vermutlich Personen in Betracht, die im Hause von Geierabend eine linksradikale Versammlung abhalten wollten, was ihnen nicht geklappt wurde. Dafür haben sie an der Schäferherde Rache genommen.

Neukettin. Bei einer von der Sozialdemokratie einberufenen Wahlversammlung in Soltau, Kreis Neukettin, wurde von einem bisher nicht ermittelten Täter von draußen ein Schuß auf den Parteisekretär Dreffel (Schneidemühl) abgegeben. Der Schuß ging fehl.

Schivelbein. Im Nachbarort Panzerin erhielt ein Bauernhofbesitzer Besuch, dem zum Zeichen besonderer Wertschätzung die „Kalte Eleganz“ eingeräumt wurde. „Mutter“ heizte den Ofen und erhob zu ihrem Schreden, daß der Ofen als „Stahlkammer“ für die Ersparnisse des Ehegarns gedient, die sie in Höhe von 82 000 Mark dem Flammentode überliefert hatte!

Vermischtes.

Selbstmordversuch Harry Waldens. Harry Walden hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Wien gemeldet wird, einen Selbstmordversuch unternommen, und zwar verletzte er sich durch einen Schuß in die linke Brusthälfte. Die Verletzung ist nur leicht. Als Motiv werden finanzielle Verlegenheiten angenommen. Er hat vor kurzem nach seinem Austritt aus dem Burgtheater die Wiener Renaissancebühne übernommen, die aber einen sehr schlechten Geschäftsgang hatte.

Was ein 50jähriger Mann schon alles zu sich genommen hat. Ein bedeutender Arzt, der ein ebenso geschickter als beharrlicher Forscher auf dem Gebiete der Statistik ist, hat kürzlich eine umfassende Arbeit über medizinische Physiologie beendet, aus der der „Tägl. Korresp.“ folgende Angaben mitteilt: „Ein ordentlicher Mensch, der das 50. Lebensjahr zurückgelegt, hat im ganzen 6000 Tage geschlafen, 6000 gewacht, 800 gegessen, 1500 geessen, ist 500 Tage krank gewesen (1) und hat sich 400 Tage der Zerkleinerung und Erhaltung hingewidmet; ferner hat er nicht weniger als 70 000 Pfund Brot, 20 000 Pfund Fleisch und 5000 Pfund Gemüse verzehrt und an verschiedenen Getränken — 32 000 Liter hinuntergegurgelt, die einen See bilden würden von 300 Fuß Umfang und 3 Fuß Tiefe.“ Wir überlassen nun dem Ermessen eines jeden Lesers, obige Zahlen nach seiner eigenen Lebensweise und Viehhaberei durchzurechnen und dabei ja nicht das liebe Bier zu vergessen.

Das Erwachen im Sarge. Aus Budapest wird berichtet: Ein merkwürdiger Fall hat sich dieser Tage in Estergom (Gron) ereignet. Im dortigen Spital wurde der Privatbeamte Paul Schimka der dortigen Industrieanstalt mit einer Brustfellentzündung operiert und starb anscheinend während der Operation. Der Körper wurde in die Leichenhalle des Friedhofes überführt, und heute hätte das Begräbnis stattfinden sollen. In der Nacht hörte der Totengräber, dessen Wohnung sich neben der Leichenhalle befindet, einen Lärm. Er begab sich in die Leichenhalle und sah, daß der Scheinbar Tote erwacht war. Er schrie, man möge ihn freilassen. Der Sarg wurde sofort geöffnet, Schimka stürzte aus dem Sarge und lief nach Hause.

Die Waldschneepfe in der Daghauer Gegend. Der Geschäftsrat der Waldschneepfe führt diese, in der Daghauer Gegend seltenen Gäste, noch häufiger als im Frühjahr hierher. Am 19. Oktober und 20. November vorigen Jahres wurden Schneepfe dort gesichtet. Zu dieser ornithologischen Mitteilung schreibt der „Deutsche Jäger“, München, folgende Erweiterung: Auf der Imper zeigen sich Wasserhühner, und der Zwergtaucher (das sogenannte „Dudant“) in größerer Zahl als sonst. Durch Korrekturen der Mätsch und der Mondscheide sind die Enten dort überall verschwunden und man findet sie nur in einem irgend natürlichen Wasserarm oder Tümpel, wo sie sich mit größter Fähigkeit festhalten.

Test das Blatt der Deutschen: die „Deutsche Rundschau“.

Wasserstände.

Pegel zu	Wasserstände				Ge- stiegen um m	Ge- fallen um m
	Tag	m	Tag	m		
Weichsel:						
Warschau.....	—	—	—	—	—	—
Thorn.....	—	—	—	—	—	—
Schlesse 1.....	19.	3,68	20.	3,70	0,02	—
Brähe:						
Schlesse 2 u. Pegel...	19.	5,50	20.	5,58	0,08	—
Bromberg u. Pegel...	19.	2,10	20.	2,16	0,06	—
Goplosee: Kruschwitz:						
Der demnächstige Tiefgang	für die kanallirte Brähe . . .				1,40 Meter	
" " "	für den Bromberger Kanal . . .				1,40 Meter	
" " "	für den Oberkanal				1,20 Meter	
Tiefgang der Oberbrähe an den Pegeleien Czajkowsko und Ludwigshof beträgt 1,00 Meter.						

Hauptausstellung: Richard Contag, verantwortlich für den politischen Teil: Karl Hilliger, für den übrigen Teil: Johannes Kruse, für Anzeigen und Redaktionen: E. Kallionet, Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Versteigerung.
Freitag, den 21. Jan. 1921, nachmittags 2 Uhr, werde ich
Wilhelmstraße 3
1 Partie Gebrauchsmöbel, wie: Garnitur, Sofa, 2 Sessel, 1 Sofa, schwarz, Schreib- (Diplomat), dazu Sessel mit Lederkissen, 1 hellereene Pluragarderobe mit Spiegel, Stühle mit Rohr, 1 Chaiselongue, Büffett, Spiegel, Spinne, Ausziehtisch, Teppich, Mahagoni-Spieltisch, 2 große Garderobenschränke, Fahrpel, Beistühle, Grammophon, Bild, Stühle, Gartenbänke, Bettstühle m. Matratze, Garderobe und vieles andere meistbietend freiwillig versteigern.
Besichtigung 1 Stunde vorher.
Max Rohde,
vereid. u. öffentl. angestellter Versteigerer und Taxator.
Telephon 1851. 1292
Bromberg, Rujawierstr. 71.

10000 Mk. Belohnung!
Am Abend des 15. d. M., gegen 1/8 Uhr wurde auf der Domäne Stabilewice, Kreis Chelmno
1 dunkle Fuchsstute
(schwarzes Pferd in gutem Futterzustand), 8 Jahre alt, 1794
gestohlen.
Wer uns die Diebe mit Erfolg nachweist oder zur Zurückerlangung des Pferdes verhilft, erhält obige Belohnung.
Gutsverwaltung Stabilewice.
Ingenieur-Akademie
Wismar a. d. Ostsee.
Progr. d. des Sekretariat.
Gelegenheitsgedichte
ernsten und heiteren Inhalts
fertig an
Franz Weber, Wilhelmstr. 15.
Hohe Belohnung
für meinen entl. Dobermann-
Rüden dem Wiederinger
ab dem, der mir seinen Auf-
enthalt nachweist.
1795
Wohlmann, Bahnhofstr. 38, p.
Klosette reinigt
im Garten Land. 1296
W. Aurbals, Schleierstr. 11, 5f.

Transportkontor
Bromberg G.m.
b.H.
vorm. J. Lindenstrauß
10683
Bydgoszcz, Dworcowa 56.
Internationale Spedition, Möbel-
transporte nach Deutschland und
nach allen Plätzen Polens,
: : Sammeladungsverkehr : :
Verzollung u. Lagerung
Telefon im neuen Verzeichnis unt. „Dom transportowy“ Nr. 29.
Beilader 2. 10. Febr. | Beilader nach Oberhausen
n. Ostpreußen | oder Dortmund p. 1. 3. gel.
gäucht. Röntgenstr. 11, II. r. Off. u. 21. 1291 a. d. G. d. B.

Für Großisten!
Diene mit Offerten in
Weiss, amerl. Mehl, London,
Misch, Schmalz, Speck,
Kaffee, Herings und an-
deren Lebensmitteln.
Ebenfalls Chemikalien u.
Medikamente für Apotheken
und Drogerien.
Dom Komisijny
dla produktow rolnych.
Bydgoszcz, Jagiellońska 51,
Gdańsk
J. Zygmanski
Import Export.
Nr. telefonu 592. 183f

Dobermann ausgelast.
1738 Nathan, Burgstr. 16.
Rudertklub Frithiof e. B.
Freitag, den 21. Januar,
abends 8 Uhr: 1794
Tanzstunde.
Nachdem Vorbesprechung für
Matriluba.
Um recht zahlreichen Er-
scheinen wird gebeten.
Deutsche Bühne.
Bydgoszcz.
(Gymnasium-Theater.)
Donnerstag, 20. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr.
Neu eintubiert!
Die spanische Fliege.
Schwank in 3 Akten
von Arnold u. Bach.
Freitag, 21. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr,
zum 3. Male:
Armut.
Trauerspiel von Wildgans.
Die Zeitung.

Hause v. sehr ruh. Ehep. sof. gel.
Offert. an C. B. B. „Expres“
Jagiellońska 70. 1289